



Dr. Sacha Zala, Presidente Pgi, Schillingstrasse 30, CH-3005 Berna

Herrn Regierungsrat
Stefan Kölliker
Bildungsdepartement
Davidstrasse 31
CH-9001 St. Gallen

Bern / Chur, 24. Januar 2011

Rif.
Dr. Sacha Zala
Presidente Pgi

Schillingstrasse 30
CH-3005 Berna

Tel.
+41(0)31 351 14 39

E-mail
sacha.zala@pgi.ch

www.pgi.ch

Abschaffung des Italienischen in den Gymnasien des Kantons St. Gallen

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Kölliker

Mit grossem Erstaunen erfahren wir vom Entscheid der St. Galler Regierung, aus Spargründen das Schwerpunktfach Italienisch streichen zu wollen. Ihr Beschluss steht im Widerspruch zu den sprach- und schulpolitischen Bemühungen des Bundes.

Wir, die Pro Grigioni Italiano, sind eine vom Bund und vom Kanton Graubünden unterstützte Organisation, deren Auftrag nicht zuletzt darin besteht, den Art. 2 des Sprachengesetzes des Bundes umzusetzen. Dieses bezweckt die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz zu stärken, der innere Zusammenhalt des Landes trotz sprachlicher Unterschiede zu festigen, die individuelle Mehrsprachigkeit zu fördern und das Italienische als Landessprache zu erhalten.

Im schulischen Bereich stehen alle Zeichen für eine Umsetzung dieses Artikels. Wie Ihnen sicher bekannt ist, hat die EDK am 21. April 2008 eine Strategie für die *gesamtschweizerische Koordination des Fremdsprachenunterrichtes für die allgemeinbildenden Schulen auf der Sekundarstufe II* formuliert, deren Eckpfeiler die Förderung der Mehrsprachigkeit und die Berücksichtigung der Nationalsprachen sind. So unter Punkt 1: «In der vielsprachigen Schweiz hat die Pflege und Verstärkung der Mehrsprachigkeit der Bürgerinnen und Bürger im Dienste des Zusammenlebens und der gegenseitigen Verständigung eine hohe Priorität». Das Papier hat in Bezug auf die Nationalsprachen die Unterstützung der Schweizerischen Maturitätskommission SMK, der Konferenz der Gymnasialdirektoren KSGR und des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer VSG gefunden.

Der vorgesehene Abbau von Italienisch ist umso befremdlicher, als das HarmoS-Konkordat, dem der Kanton St. Gallen 2008 beigetreten ist, Folgendes vorsieht: «Während der obligatorischen Schule besteht ein bedarfsgerechtes Angebot an fakultativem Unterricht in einer dritten Landessprache». Der Kanton St. Gallen hat also einerseits das Freifach Italienisch an der obligatorischen Schule anzubieten, verbaut aber auf der anderen Seite den Lernenden auf Sekundarstufe II die Chance, das Fach vertieft zu studieren, obwohl dies den Zugang zum Südschweizerischen Wirtschaftsraum, zu den Tessiner und Bündner

Bildungsinstitutionen (Accademia di architettura, USI, PH Chur) und zum drittgrössten Handelspartner der Schweiz, Italien, eröffnen würde.

Ihr Entscheid ist umso bedauerlicher, als dass der heutige rechtliche Rahmen die besten Voraussetzungen schafft, um mit Unterstützung von Bundesbern innovative Projekte zu realisieren, die Ihren Kantonsschulen ein besonderes Profil geben würden.

Aus unserer Warte sähen wir beispielsweise für Ihren Kanton mit rund 10'000 Italienischsprachigen die Voraussetzungen für eine zweisprachige Maturität Deutsch-Italienisch (beispielsweise im Raum Rapperswil, an die Kantonsschule Wattwil angegliedert, den Lernenden aus dem Kanton Schwyz offen), zumal sich bei uns in Chur die zweisprachigen Schulen zum Erfolgsmodell entwickelt haben. Auch liesse sich das Potential der Italienisch-Lehrkräfte an Ihren Kantonsschulen nutzen, um mit interdisziplinären Projekten (zum Beispiel übergreifende Projekte zu den romanischen Sprachen und dem Englischen) oder konkreten Massnahmen (beispielsweise Schüleraustauschprogramme, von der ch-Stiftung unterstützt) ohne finanziellen Zusatzaufwand die Aufmerksamkeit der schweizerischen Mittelschullandschaft auf die Leistungen in Ihrem Kanton zu ziehen.

Es ist uns ein Anliegen, dass eine Diskussion über den weiteren Verlauf Ihrer Entscheidung stattfindet, zumal die Ersparnis dieser sprachpolitisch gewichtigen Massnahme geringfügig ist. Aus diesem Grunde suchen wir das Gespräch mit Ihnen, Vertretern Ihrer Nachbarkantone, dem Tessin und den für Sprachenfragen zuständigen Institutionen. Ganz in unserem Sinne wäre ein Symposium, im optimalen Falle mit Vertretern aus Wirtschaft und Recht.

Eine Wiederaufnahme des Traktandums in Ihrer Agenda mit einem Blick auf dessen staatspolitische Bedeutung für das ganze Land würde uns freuen.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Sacha Zala
Presidente Pgi



Dr. Mathias Picenoni
Caposettore Istruzione e lingua

Kopie an:

- Bundesrat Didier Burkhalter, 3003 Bern
- Regierungsrat des Kantons St. Gallen, 9001 St. Gallen
- Regierungsrat Martin Jäger, 7000 Chur
- Regierungsrat Gabriele Gendotti, 6500 Bellinzona
- Regierungsrätin Isabelle Chassot, Präsidentin EDK, 1701 Freiburg
- David Wintgens, Präsident VSG, 2068 Hauterive
- Gabrielle von Büren, Präsidentin KSGR, 6002 Luzern
- Dr. Johannes Flury, Präsident COHEP, 7000 Chur

